

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in dieser letzten Ausgabe des Polizeispiegels im Jahr 2013 möchte ich euch im Namen des Landesvorstands der DPoIG ein besinnliches, frohes Weihnachtsfest und einen gesunden Jahreswechsel wünschen. Alle guten Wünsche gelten natürlich auch euren Familien. Besondere Wünsche und ein großer Dank gehen an alle Kolleginnen und Kollegen, die über die Feiertage Dienst verrichten müssen.

Der bevorstehende Jahreswechsel ist wie immer ein angemessener Zeitpunkt, das vergangene Jahr Revue passieren zu lassen. Rückblickend kann auch 2013 nicht als gutes Jahr für die Polizei gesehen werden.

Unter einer neuen Landesregierung mussten wir eine Pose um die Übernahme des

Tarifergebnisses auf die Beamten hinnehmen. Schnell wurde klar, dass auch die neue politische Mehrheit die Beamten als „Sparschwein“ des Landshaushalts betrachtet. Ankündigungen eines anderen Politikstils erwiesen sich schnell als Schall und Rauch. Und es wurde schnell deutlich, dass die Landespolizei und die Innere Sicherheit kein Prestigeobjekt dieser Landesregierung ist. Ein bemühter Innenminister konnte dann auch nur verkünden, dass die Polizei von Einsparverpflichtungen nicht ausgenommen werden kann. Bis 2020 sind 282 Stellen bei der Polizei einzusparen, obwohl längst bekannt ist, dass selbst die jetzige Personaldecke nicht auskömmlich ist. Und wieder ist festzustellen, dass Politik sich davor drückt, den Bürgern zu sagen, wo denn künftig staatliche Leistungen entfallen.

Während an der einen Stelle die Einpeitscher noch den Takt erhöhen, müssen wir uns Sorgen um die Gesundheit der Polizisten machen. Hohe Krankenstände kommen nicht von

ungefähr. Und immer mehr Kolleginnen und Kollegen fallen wegen psychischer Erkrankungen, schon in jungen Jahren, aus. Der Arbeitsdruck wird immer unerbittlicher in einer zudem immer älter werdenden Polizei. Hinzu kommen weitere Faktoren. Physische Gewalt gegen Polizeibeamte ist an der Tagesordnung. Es ist schlichtweg unabdingbar zu verhindern, dass sich die Gesellschaft daran gewöhnt und es als „Berufsrisiko“ abtut. An dieser Stelle bedarf es mehr als pflichtschuldige Bekundungen der Politik.

Aber, es sind nicht nur die physischen Gewaltakte gegen Polizeibeamte. Zunehmende Respektlosigkeit, Beleidigungen und Bedrohungen stellen Polizeibeamte ebenfalls vor zunehmende Probleme. Gerade weil man häufig das Gefühl hat, damit nicht ernst genommen zu werden. Da muss man, so wird häufig geredet, doch professionell mit umgehen, so etwas nicht an sich heranlassen. Aber, jedes Fass ist einmal voll und wer am Schreibtisch sitzt, hat gut reden. Und es ist ja nicht nur unsere Klientel, sondern auch von anderer Stelle wird der Polizei zunehmend zugesetzt. Geschnittene Videosequenzen im Internet führen zu unangemessenen öffentlichen Vorverurteilungen einer „Polizei mit Gewaltproblem“. Neuerdings wird gerne an der Mär einer „rassistischen Polizei“ gestrickt, wenn Maßnahmen gegen Personen mit Migrationshintergrund erfolgen. Derartige Diffamierungen werden noch durch politische Maßnahmen gefördert, wie zum Beispiel die individuelle Kennzeichnungspflicht oder Forderungen nach unabhängigen Polizeikommissionen.

Apropos Beförderungen! Trotz der dargestellten Belastungen hält sich die Wertschätzung monetärer Art in Grenzen. Es

werden zwar wieder Beförderungen in den Größenordnungen der letzten Jahre ausgesprochen, damit steht Schleswig-Holstein aber bundesweit immer noch schlecht dar. Eine Reform der Erschwereniszulagenverordnung wird durchgeführt ohne einen zusätzlichen Cent in die Hand zu nehmen. Weiterhin erwartet man Dienstleistung zu ungünstigen Zeiten für ein Almosen. Und was künftige Teilhabe der Beamten an Tariferhöhungen angeht, hat Ministerpräsident Albig schon jetzt „harte Verhandlungen“ angekündigt.

Man weiß nicht, welche kruden Ideen noch bis 2020 entstehen, um die verfassungsgemäße Schuldenbremse zu erreichen. Die Wahrscheinlichkeit, wieder und wieder an die Beamten zu gehen, ist hoch. Umso mehr ist es erforderlich, dass wir in der Polizei zusammenstehen und uns klar positionieren. Es nützt gar nichts, sich zurückzuziehen und das Geschehen als unabänderlich abzutun. Aber, und das sage ich schweren Herzens, wir müssen auch lernen, dass wir als Polizei nicht omnipotent sind und alle Angelegenheiten regeln, während andere Behörden sich abdrücken. Und wir müssen auch lernen, dass wir und unsere Arbeitskraft nicht unendlich verfügbar sind. Flexibilität darf der Dienstherr nicht mit Leibeigenschaft verwechseln. Eine ständige Verfügbarkeit in der Freizeit ohne Vergütungsansprüche ist deutlich mehr als das Beamtengesetz vorsieht. Nur wer lernt, dass eine ausgefüllte und ungestörte Freizeit die Grundlage für volle Leistungsfähigkeit im Dienst ist, kann seiner Pflicht zur Gesunderhaltung nachkommen.

In diesem Sinne schöne Feiertage.

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0171.2745289
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de
Fotos: Th. Nommensen
und pixelio.de

DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpolg.sh



ISSN 0937-4841

Parlamentarischer Abend des dbb und Richterverbandes

Nachhaltige Veränderung des öffentlichen Dienstes durch Demografie erwartet!

Unter dem Motto „Unser öffentlicher Dienst im demografischen Wandel“ hatte der dbb sowie Richterverband Schleswig-Holstein für den 22. Oktober 2013 zum traditionellen „Parlamentarischen Abend“ in das Kieler Landeshaus eingeladen.

Anwesend waren die Fraktionsvorsitzenden von CDU, Johannes Callsen, und SSW, Lars Harms, sowie die Landtagsabgeordneten Thomas Rother (SPD), Dr. Heiner Garg (FDP), Burkhard Peters (Bündnis 90/Die Grünen) und Wolfgang Dudda (Piraten).

Der Abend wurde vom NDR-Journalisten Gerrit Derkowski, bekannt aus dem „Schleswig-Holstein-Magazin“, moderiert.

Die Begrüßung der etwa 150 Zuhörerinnen und Zuhörer aus Justiz, Wirtschaft, Politik, Verbänden und Gewerkschaften durch Dr. Wilfried Kellermann, Landesvorsitzender des Richterverbandes Schleswig-Holstein, sowie Anke Schwitzer, Landesbundvorsitzende des dbb, im gut gefüllten „Schleswig-Holstein-Saal“ des Landtages gab den Impuls für einen interessanten Abend.

In einem eindrucksvollen Eingangsreferat von Prof. Dr. Annekatrien Niebuhr vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung bei der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit, schilderte diese, anhand von anschaulich dargestellten Zahlen, die zu erwartende Altersentwicklung von Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst Schleswig-Holsteins in den kommenden Jahren und Jahrzehnten.

Es wurde deutlich, dass dem öffentlichen Dienst sukzessive eine deutliche Überalterung droht. Hier sei (auch und insbesondere im Bereich der Führungskräfte) dringender Handlungsbedarf geboten.

Nicht nur, dass in den nächsten zehn Jahren etwa 18 500 Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in den Ruhestand gehen, bedingt durch die ver-



> dbb Bundesvorsitzender Klaus Dauderstädt

fassungsmäßig für die Politik bindende sogenannte „Schuldenbremse“ sollen bis 2020 etwa 5 000 Stellen in der Landesverwaltung eingespart werden.

Welche negativen Auswirkungen der Personalabbau zusammen mit der Überalterung der Mitarbeiterschaft auf die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes hat, reflektierte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt in seinem anschließenden Vortrag.

Eine nachhaltige Verbesserung bei der Nachwuchsgewinnung sei laut Dauderstädt dringend erforderlich. Die Attraktivität des Arbeitsplatzes im öffentlichen Dienst müsse deutlich gesteigert werden, um im Vergleich zur Wirtschaft mithalten zu können und auch junge, qualifizierte Nachwuchskräfte gewinnen zu können. Unselige Vorschläge, wie sie jüngst vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen) zur Diskussion gestellt wurden, wonach man ange-

sichts der „Pensionslasten“ der Länder über eine weitere Absenkung des Pensionsniveaus nachdenken müsse, seien zudem in dieser Hinsicht außerordentlich kontraproduktiv, so Dauderstädt.

In der nachfolgenden Podiumsdiskussion mit den anwesenden Landtagsabgeordneten wurde deutlich, dass die Folgen des demografischen Wandels für den öffentlichen Dienst in Deutschland bereits seit Anfang der 1970er-Jahre bekannt seien. Warum man vonseiten der Politik trotzdem jahrzehntelang nichts unternommen habe, dieser negativen Entwicklung entgegenzuwirken, wurde von den Politikern auf dem Podium unterschiedlich beurteilt. Einzig Dr. Garg, Landesvorsitzender der FDP, gab unumwunden zu, dass Politik offenbar schlichtweg zu feige war, die erforderlichen (und unpopulären) Maßnahmen gegen die Überalterung der Verwaltung zu thematisieren und entsprechende Schritte einzuleiten.

Einigkeit bestand hingegen, dass neben einer signifikanten Steigerung der Attraktivität des Arbeitgebers „öffentlicher Dienst“, welche unter anderem durch angemessene Besoldung und Aufstiegschancen (inklusive uneingeschränkter Teilhabe an tarifmäßiger Lohnentwicklung) zu erreichen sei, auch ein modernes und zeitgemäßes Gesundheitsmanagement zwingend geboten sei.

Weiterhin sei es auch nach Meinung der Parlamentarier unabdingbar, dass bei einer immer kleiner und älter wer-



> Parlamentarier auf dem Podium.



> Landtag Schleswig-Holstein

denden Mitarbeiterschaft des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein eine Reduzierung der Aufgaben, welche von den Behörden erledigt und vollzogen werden müssen, erfolge.

Hier stand besonders die seit Jahren von allen im Landtag

vertretenen Parteien geforderte (aber bislang nie erkennbar durchgeführte) Reduzierung der Aufgaben der Landespolizei im Fokus der Diskussion.

Während sich die meisten der Landtagsabgeordneten um konkrete Aussagen zu diesem

Thema auch jetzt wieder herumdreht, schoss der Grünen-Abgeordnete Burkhard Peters „den Vogel ab“.

Er resümierte aus seiner Sicht, dass es ja bei einer älter werdenden Gesellschaft auch weniger Kriminalität geben würde. Denn, so MdL Peters, ältere Leute seien ja nicht mehr so „kriminogen“. Sein ganz persönliches Fazit sei, dass man allein deswegen schon (noch mehr) Personal bei der Landes-

polizei abbauen könne. Einzig der Umstand, dass der Grünen-Abgeordnete für diese Aussage deutliches und lautstarkes Unverständnis von den anderen Podiumsgästen und aus dem Publikum erhielt, lässt weiter hoffen, dass es sich hier um eine nicht repräsentative Einzelmeinung des Mitglieds einer regierungstragenden Fraktion handelt.

Thomas Nommensen

Landesvorsitzendenkonferenz der DPoIG in Bensheim (Hessen)

Zu einer dreitägigen Konferenz trafen sich die Vorsitzenden der DPoIG-Landesverbände sowie des Fachverbandes DPoIG Bundespolizeigewerkschaft vom 8. bis 10. November 2013 in Bensheim an der hessischen Bergstraße.

Unter Beteiligung des Bundesgeschäftsführers Sven-Erik Wecker sowie des DPoIG-Bundesvorsitzenden Rainer Wendt wohnten die Landesvorsitzenden zunächst einer Öffentlichkeitsveranstaltung des ausrichtenden Landesverbandes Hessen bei. Diese schloss sich einem zweitägigen Landeskongress an, welcher unter dem Motto „Grenzenloses Europa – Gefahr für Hessens Sicherheit?“ durchgeführt wurde. In Anwesenheit des hessischen Innenministers Boris Rhein (CDU), einiger Landtagsabge-

ordneter sowie zahlreicher Polizeiführer und Lokalpolitiker aus Hessen war die Veranstaltung, welche bei zahlreichen Medien Interesse fand, wesentlich geprägt von dem Vortrag des Kriminaldirektors Thomas Seidel vom Polizeipräsidium Frankfurt am Main (Leiter der BAO „Goldgrube“). Dieser berichtete anschaulich über die aktuellen und zu erwartenden Auswirkungen der Migration aus Osteuropa in den deutschen Arbeitsmarkt, die deutschen Sozialsysteme, aber nicht zu-

letzt auch die Folgen für die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland.

Nach den Schilderungen von KD Seidel dürfte speziell für Menschen aus Bulgarien und Rumänien, wo große Armut herrscht, die volle Reisefreiheit und der uneingeschränkte Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt, welche ab dem 1. Januar 2014 gelten, erhebliche Auswirkungen haben. Es sei mit einer großen Anzahl an Armutsflüchtlings zu rechnen, worauf sich neben den Sozialkassen auch die Polizei vorbereiten müsse.

So resümierten abschließend der hessische DPoIG-Landesvorsitzende Heini Schmitt, welcher kurz zuvor auf dem Landeskongress in seinem Amt

bestätigt worden war, wie auch der Bundesvorsitzende Rainer Wendt, dass mit Blick auf die migrationsbedingte Kriminalität Schluss sein müsse mit den Scheuklappen in Politik und Medien. Die Probleme müssten beim Namen genannt und die erforderlichen polizeilichen wie auch gesamtstaatlichen Maßnahmen ergriffen werden.

Auch zu Beginn der sich am Samstag anschließenden Tagung der Landesvorsitzenden wurde der Themenkomplex Migration, Reisefreiheit und deren Auswirkungen auf die Kriminalität in Deutschland thematisiert. Aus den verschiedenen Ländern sowie dem Bereich der Bundespolizei wurden die lokalen Schwerpunkte dargestellt und in anschließender Diskussion erläutert.

Weiterer Themenschwerpunkt der Konferenz waren die Auswirkungen der Föderalismusreform auf die Polizei in den einzelnen Ländern. Speziell Bereiche wie die unterschiedliche Vergütung von Überstunden und Mehrarbeit wurden erörtert.

Aber auch innergewerkschaftliche Themen wie beispielsweise



> Teilnehmer der Landesvorsitzendenkonferenz

se Mitgliederwerbung, mediale Präsenz der DPoLG sowie Fragen des Rechtsschutzes für Mitglieder wurden intensiv besprochen.

Nach einem abendlichen Erfahrung- und Meinungsaustausch beim geselligen „Ritter-

mahl“ auf Schloss Auerbach ging die Landesvorsitzendenkonferenz am Sonntagmittag, mit dem Wissen zu Ende, die DPoLG als starke Interessenvertretung für Polizeibeschäftigte wieder ein Stück vorangebracht zu haben.

Thomas Nommensen



> Tagung der Landesvorsitzenden

Es war einmal ...

Unter der Rubrik „Es war einmal ...“ dokumentiert die Redaktion des POLIZEISPIEGELS an dieser Stelle den Rückzug der Polizei aus der Fläche, mancherorts auch Konzentration in der Fläche benannt.

Es ist eine von der Politik getragene Organisationsentscheidung der Polizei, sich sukzessive aus der dezentralen und bürgernahen Organisation der Landespolizei zu verabschieden, um eine zentrale Reaktionspolizei zu werden.

Die Argumente dafür und dagegen sind hinlänglich ausgetauscht. Wir möchten den Dienststellen und den dort bisher arbeitenden Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren, nachdem ihre Tätigkeit ansonsten offenbar als antiquiert und ineffizient wahrgenommen wird.

Es war einmal die Polizeistation Oldendorf

Als weitere Maßnahme der Umorganisation innerhalb der Polizeidirektion Itzehoe – hier werden insgesamt 15 Polizeidienststellen von der Landkarte verschwinden – wurde zum 1. Oktober 2013 die Polizeistation Oldendorf (bisher einmännig) aufgelöst.

Die zugehörigen Ortschaften Oldendorf, Heiligenstedten, Bekdorf, Krummendiek, Moorhusen, Kleve und Huje mit einer Gesamtfläche von 48,48 km² und einer Einwohnerzahl

von 4 017 werden aufgeteilt und zukünftig von den Dienststellen in Schenefeld, Wilster und Itzehoe bearbeitet.

Der bisherige Stationsleiter bedauert die Schließung seiner ländlichen Dienststelle sehr, schließlich versah er mit voller Überzeugung fast 20 Jahre lang seinen Dienst als „Dorfschutzmann“ auf einer „Eimann-Station“. Er wechselt zur Polizeistation Wilster, wo er fortan als Stationsbeamter seinen Dienst in einem völlig anderen Zuständigkeitsbereich wahrnehmen wird.

Es war einmal die Polizeistation Kollmar

Auch die einmännige Polizeistation Kollmar fällt dem Rotstift zum Opfer.

Von dieser ländlichen Dienststelle, die am südwestlichsten Zipfel des Kreises Steinburg und direkt an der Elbe liegt, wurden insgesamt 1 714 Einwohner auf einer Fläche von über 32 km² betreut.

Während sein Bereich zukünftig von der benachbarten PSt. Glückstadt aus bearbeitet wird, wechselt der bisherige Stationsleiter zur PSt. Horst. ■

> Infobrief

Umstellung der Lastschrifteinzüge vom Einzugsermächtigungsverfahren auf das SEPA-Basis-Lastschriftverfahren und weitere Nutzung der Einzugsermächtigung



Die DPoLG Schleswig-Holstein nutzt zum Einzug des Mitgliedsbeitrages die Lastschrift (Einzugsermächtigungsverfahren).

Als Beitrag zur Schaffung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (Single Euro Payments Area, SEPA) stellen wir ab dem 1. April 2014 auf das europaweit einheit-

liche SEPA-Basis-Lastschriftverfahren um. Die von Ihnen bereits erteilte Einzugsermächtigung wird dabei als SEPA-Lastschriftmandat weitergenutzt.

Dieses Lastschriftmandat wird gekennzeichnet durch

- > Mandatsreferenz (jeweilige DPoLG-Mitgliedsnummer)
- > und unsere Gläubiger-Identifikationsnummer DE65ZZZ00000426472.

Diese werden von uns bei allen Lastschrifteinzügen angegeben.

Da diese Umstellung durch uns erfolgt, brauchen Sie nichts zu unternehmen. Lastschriften werden weiterhin von den jeweiligen Mitgliedskonten eingezogen.

Eine SEPA-Basislastschrift kann innerhalb von acht Wochen ab dem Zeitpunkt der Belastungsbuchung auf dem Konto des Zahlers (zum Beispiel Gewerkschaftsmitglied) an den Einreicher zurückgegeben werden.

Ein Lastschrifteinzug ohne Mandat, das heißt eine unautorisierte Lastschrift, kann vom Zahler innerhalb von 13 Monaten nach der Kontobelastung zurückgegeben werden.

Der Einzug erfolgt viermal jährlich, jeweils zum Quartalsbeginn am ersten Werktag. Die Höhe der Beiträge richtet sich nach der jeweils gültigen Liste der Mitgliedsbeiträge. Zu Beginn des zweiten Quartals 2014 erfolgt erstmalig der SEPA-Einzug.

Wir möchten alle Mitglieder bitten, eine Kontodeckung am Zahlungstermin sicherzustellen. Zudem sollte eine Änderung der Bankverbindung umgehend der Geschäftsstelle mitgeteilt werden.

Sofern Fragen zum neuen Einzugsverfahren bestehen, wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle in Kiel oder den Schatzmeister.

Gerhard Kath, Schatzmeister

Quelle: Deutsche Bundesbank